

Protokoll:	Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	373
		TOP:	2
		Drucksache:	617/2017
		GZ:	OB
Sitzungstermin:	25.07.2017		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau zur Brügge (ASS)		
Protokollführung:	Frau Sabbagh / fr		
Betreff:	Rosenstein - weiteres Vorgehen Planung, Beteiligung, Kommunikation - Einbringung -		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 14.07.2017, GRDRs 617/2017, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Von der vorgeschlagenen Vorgehensweise wird zustimmend Kenntnis genommen.
2. Der Rahmenterminplan wird als Orientierung für die kommenden Planungsschritte zustimmend zur Kenntnis genommen (Anlage 2).

Die Verwaltung wird beauftragt, den Strukturplan als Grundlage für die weiteren Schritte zu erarbeiten.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, im Anschluss einen internationalen städtebaulichen Wettbewerb vorzubereiten.
4. Der bestehende "Ausschuss Stuttgart 21" wird in den Ausschuss S21/Rosenstein umgewandelt.
5. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Vorschlag und ein Konzept für einen "multifunktionalen Veranstaltungs- und Ausstellungsraum Rosenstein/IBA" bis zu den anstehenden Haushaltsberatungen vorzulegen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei sind auch die gemeinsamen Anträge Nr. 68/2017 vom 10.03.2017 und Nr. 154/2017 vom 19.05.2017 der Fraktionen von CDU, SPD und der Freien Wähler sowie der FDP beigelegt.

Eingangs informiert BM Pätzold kurz zur Vorlage.

Frau zur Brügge stellt das weitere Vorgehen im Sinne der Vorlage anhand einer Präsentation vor, die dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt ist. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokollexemplar für die Hauptaktei ist sie in Papierform angehängt.

Die Verwaltung bitte den Ausschuss, sie zunächst mit der Erarbeitung des Strukturplans zu beauftragen und im Weiteren den Wettbewerb mit auf den Weg zu bringen. Außerdem wolle sie zur Einbindung der Öffentlichkeit die mit dem Memorandum begonnene Online-Beteiligungsplattform fortsetzen.

Die Vertreter der Fraktionen danken für die kurze Einführung.

StR Kotz (CDU) kritisiert die Vorlage als inhaltsleer. Völlig unverständlich sei ihm auch die Aussage auf Seite 9 der Vorlage, dass damit die Anträge Nrn. 68/2017 und 154/2017 erledigt seien. Er habe den Eindruck, dass im Referat immer noch die Hoffnung herrsche, dass das Projekt S 21 doch nicht realisiert werde. Ein engagiertes und begeistertes Herangehen an dieses Thema könne er aus der Vorlage nicht herauslesen. Vielmehr solle in eineinhalb Jahren ein Strukturplan erarbeitet werden, in dem die Verwaltung unter anderem Fragen nach einer geeigneten Topografie und dem Erhalt von Bestandsbauwerken klären wolle. Genau dies solle aber nach Ansicht der Antragsteller im Wettbewerb geklärt werden. Es würde bedeuten, dass man mehr Zeit für den Wettbewerb und weniger für den Strukturplan benötige.

Die in Antrag Nr. 154/2017 in den Ziffern 1 bis 4 beantragten Punkte seien allesamt nicht berücksichtigt worden. Das einzig einigermaßen Konkrete sei die Frage des Ausstellungsraums. Von dem Dargestellten kämen für ihn nur die Varianten 1 und 3 infrage. Insgesamt lasse ihn diese unbefriedigende Vorlage hilflos zurück. Er regt an zu klären, ob sie nachbearbeitet oder zurückgezogen werden solle.

Bei Planungsprozessen müsse man sich in verschiedenen Stufen an die Ziele heranarbeiten, erklärt StRin Munk (90/GRÜNE). Die informelle Bürgerbeteiligung sei erfolgt. Im Strukturplan würden die Elemente des Wettbewerbs vorbereitet, der dann anschließend durchgeführt werde. Nun sollte die Vorlage beschlossen werden, damit die Mittel bereitgestellt werden könnten.

Sie unterstreicht die besondere Bedeutung des Rosensteingebiets, auch in Zusammenhang mit der IBA. Themen wie klimaneutrales Bauen, Regenwasserkonzepte und autofreie Quartiere seien gesetzt. In einem nächsten Schritt wolle man nun weitergehen. Die Vorlage erläutere, wie der Planungsprozess laufen solle. Im Memorandum für die IBA sei dies ebenfalls sehr deutlich zum Ausdruck gekommen. Sie dankt dem Verschönerungsverein für dessen schriftlich dargelegte wertvolle Hinweise zum Umgang mit dem

Bestand. Die in Antrag Nr. 68/2017 geforderten Punkte entsprächen genau denen, die in die Vorbereitung des Wettbewerbs hineingehörten.

In Bezug auf den Veranstaltungsort sollte man zunächst abwarten, was die Ausschreibung der Liegenschaft im EG für eine Gastronomie bei Variante 1 ergebe. Ihre Fraktion könne sich dort eine familienfreundliche Gastronomie gut vorstellen. Die Ausstellung sollte einen Arbeitscharakter haben und mit dem Stadtmuseum kombiniert werden.

Da die Themen IBA und Rosenstein den Ausschuss über eine lange Zeit begleiten würden, regt sie an, darüber nachzudenken, ob sie inhaltlich und von der personellen Besetzung her wirklich unterschiedliche Aufgaben hätten. Hier könne sich ihre Fraktion gut vorstellen, einen zweiten Unterausschuss parallel zu führen, der sich mit der IBA und dem Rosensteingelände beschäftige, und den Ausschuss S 21 unverändert weiterzuführen. S 21 habe auch technische und vertragliche Themen. Bei der Verknüpfung sei der Zeitfaktor die Schnittstelle.

Auch StR Körner (SPD) sieht - als einer der Antragsteller - den gemeinsamen Antrag Nr. 154/2017 nicht als erledigt an. Bei der Lektüre der Vorlage habe er den Eindruck gewonnen, dass die Verwaltung gerade dabei sei, die städtebauliche Chance zu verspielen. Vor über zwei Jahren habe man erstmals über die Bürgerbeteiligung "Dialog Rosenstein" gesprochen. Sie hätten beantragt, dass die Verwaltung vor der Sommerpause Eckpunkte programmatischer Art für den Wettbewerb und damit für die Zukunft dieses Quartiers vorstelle. Und nun beabsichtige sie, diese Eckpunkte erst bis Ende nächsten Jahres mit dem Strukturplan vorzulegen. Das sei eindeutig zu spät. Fachleute hätten bereits 2015 in einem Schreiben an den Oberbürgermeister deutlich gemacht, dass die Entwicklung eines Projekts von der Größe und Komplexität des Stadtteils Rosenstein in den klassischen Ämterstrukturen einer im Tagesgeschäft gebundenen Verwaltung nicht zu leisten sei. Sie brauche von Anfang an eine effektive, schlagkräftige und ressortübergreifende Organisation mit eigener Entscheidungsbefugnis und kompetenten Experten. Bei vergleichbaren Projekten wie der Hafen City Hamburg habe sich das Modell einer dem Gemeinderat verpflichteten Entwicklungsgesellschaft bewährt. Doch von dieser sei in der Vorlage keine Rede.

Dem Rahmenterminplan könne seine Fraktion in der aktuellen Form nicht zustimmen. Wenn erst Ende 2018 Eckpunkte für den internationalen Wettbewerb und die Entwicklung des Quartiers vorlägen, sei dies deutlich zu spät. In Bezug auf das Areal A 3 müsse wesentlich früher klar sein, was oberirdisch entstehen solle.

Nicht beantwortet sei auch die Frage im Antrag Nr. 68/2017 zu den vertraglichen Vereinbarungen. Auch er artikuliert seine Sorge angesichts des dürftigen Inhalts der Vorlage und richtet die dringende Bitte an die Verwaltung, das Tempo zu steigern und mutiger zu agieren. Die Anträge seien in keiner Weise erledigt. Seine Fraktion könne diesen Rahmenterminplan nicht zustimmend zur Kenntnis nehmen.

Die Schwierigkeit, eine Vorlage zu präsentieren, die einen klaren Weg aufzeige, führt StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) auf bislang ungeklärte Fragen auf dem Gelände des "möglichen" Rosenstein-Areals zurück. So gebe es noch Gerichtsverhandlungen zum Thema, ob Gleise erhalten werden sollten oder nicht. Bis heute wisse man nicht, wann das Projekt S 21 fertiggestellt sein werde. Und weil die Rahmenbedingungen noch nicht geklärt seien, habe seine Fraktionsgemeinschaft auch nicht an der Bürgerbeteiligung Rosenstein teilgenommen. Die dort festgelegten Leitplanken seien nun zu Marken und

Werten erklärt worden. Doch sei eine Stadt kein Produkt, weshalb er diese Wortwahl für unangebracht halte, wenn es um Stadtentwicklung gehe.

Mit Blick auf das IBA-Memorandum betont er, die IBA dürfe nicht auf das Rosensteinquartier reduziert werden. Sie beziehe sich vielmehr auf die ganze Region. In der Vorlage werde das IBA-Memorandum gar nicht erwähnt. Er sehe keinen Sinn darin, nun einen internationalen Wettbewerb auszuschreiben, da man ja erst im Zusammenhang mit der IBA die Ziele diskutieren werde. Wahrscheinlich werde es darauf hinauslaufen, dass das Rosensteinquartier und die IBA unabhängig voneinander behandelt werden. Denn er gehe davon aus, dass 2027, wenn die IBA fertig sein müsse, noch kein einziger Bagger auf den Gleisen stehe. Die natur- und umweltschutzrechtlichen Fragen auf dem Gleisvorfeld habe man noch nicht angepackt. Für das Beste hielte er es, das Projekt auszusetzen, bis diese Fragen geklärt seien. Sonst arbeite die Verwaltung quasi umsonst.

Seine Fraktionsgemeinschaft könne der Vorlage nicht zustimmen, zum einen, weil sie der Überzeugung sei, dass S 21 in der jetzigen Form nie kommen werde und man hier umsteigen müsse, und zum anderen, weil auch klimatologische Fragestellungen auf dem Gleisvorfeld geklärt werden müssten.

StR Zeeb (FW) merkt an, die Vorlage enthalte sehr viel Unwichtiges, während das Wichtige in den Hintergrund geraten sei. Der Strukturplan sei für ihn ein Allerweltsplan, denn das Wichtigste, was man dort tun müsste, betreffe das A 3-Gebiet hinter dem Bahnhof. Dort werde bereits an Fundamenten gebaut, während die Stadt nicht wisse, was überhaupt geplant sei.

Gar nicht erwähnt sei der Antrag Nr. 305/2016 seiner Fraktion, in dem diese für die Grundlagenermittlung eine Bestandsaufnahme und ein Modell gefordert habe. Ohne ein Modell könne man sich doch momentan gar nicht vorstellen, welche Flächen Originalflächen und welche aufgeschüttet seien. Die Überwerfungsbauwerke müssten dargestellt werden. Ohne diese Rahmenbedingungen halte er einen Wettbewerb für völlig sinnlos. Dies müsse vorangetrieben werden. Ebenfalls nicht erwähnt sei die Einstellung eines Projektmanagers, die man früher einmal ins Auge gefasst habe. Er bittet darum, die Vorlage nochmals zu überarbeiten und Fakten zu liefern, damit klarer werde, was die Stadt vorhabe.

Auch StR Brett (AfD) plädiert dafür, die Entscheidung nach der Sommerpause zu treffen, wenn die Vorlage besser aufgearbeitet sei. Mit S 21 sei eine für viele schmerzhaft Spaltung durch die Stadt gegangen, die sich nicht fortsetzen sollte. Mit Blick auf die Haushaltsplanberatungen erklärt er, seiner Ansicht nach könne man mit den aktuellen Kapazitäten nicht richtig planen. Eine Ausschreibung nach der anderen bzw. ein Wettbewerb nach dem anderen sei auch ein Zeichen von Hilflosigkeit. Er halte einen Projektmanager hier nicht für ausreichend, man brauche ein Amt, das die Federführung habe.

StR Conz (FDP) nimmt zur Kenntnis, dass entgegen dem üblichen Verfahren nicht die Antragsteller als erste ihren Antrag begründen durften. Des Weiteren nehme er zur Kenntnis, dass die Fertigstellung des Tiefbahnhofs mit 2022 angegeben sei, während die Bahn immer noch von 2021 spreche. Er schließt sich der von den übrigen Antragstellern bereits geübten Kritik an und konstatiert, dass die Verwaltung hier unzureichend gearbeitet habe. Er bittet um Erläuterung der Finanzierungskonzeption, wenn im Neu-

bau auf dem Areal der ehemaligen Rathausgarage statt der ursprünglich geplanten Gastronomie im EG der Ausstellungsraum Rosenstein eingerichtet werde.

Wünschenswert wäre es für StR Dr. Schertlen (STd), Themen wie die zu erhaltenden Bauwerke, den Umgang mit dem Postgelände, mögliche Opernstandorte, Philharmonie oder sonstiges in der Nähe des Bahnhofs künftig etwas konkreter zu behandeln. Auch er schließt sich der im Schreiben der Fachleute geäußerten Meinung an, dass man für ein Gebiet dieser Größenordnung mehr Personal brauche, als Frau zur Brügge dies mit ihrem Team im Amt leisten könne. Er betont explizit, dass dies keine Kritik an diesem Team sein solle, doch brauche man dazu noch mehr Manpower. Die bisherige Beteiligung beim Memorandum Rosenstein sei überschaubar erfolgreich gewesen und, außer der letzten Veranstaltung, immer schlechter besucht. Hier sei mehr Schwung vonnöten. Eventuell könne man den Jugendrat mit einbeziehen. Er verweist auf die von den STAdTISTEN initiierte Agenda RO5ENSTEIN, für die man schon ca. 40 Interessenten bzw. Initiativen gewonnen habe, die sich gerne an Überlegungen beteiligen würden, wie aus dem Quartier ein lebendiges Quartier mit unterschiedlichen Nutzungen, nicht nur Wohnen, entstehen könne. Dazu kündigt er einen Antrag an, dessen Themen auch im Wettbewerb aufgegriffen werden sollten.

BM Pätzold erläutert, die Vorlage stelle den Rahmen für die Weiterentwicklung dar. Sie stehe in Zusammenhang mit der GRDRs 570/2017 zum Haushalt. Dort habe man alles unterfüttert. Er bestätigt, dass man die Planungen nun beschleunigen müsse. Die Bahn dränge bezüglich des Rückbaus. Es müsse geklärt werden, welche Bauwerke stehenbleiben könnten bzw. abgerissen würden. Nicht alles sei in den Grundstücksverträgen eindeutig geklärt. Nun lägen der Verwaltung die Unterlagen zu den Bauwerken vor, sodass sie den Ausschuss über deren Zustand unterrichten könne. Zu klären seien auch viele Punkte, die der Verschönerungsverein in seinem Schreiben aufgelistet habe. Außerdem müssten die Sondernutzungen auf dem Gelände - eventuell Philharmonie oder Linden-Museum - festgelegt werden, die dann Grundlage des Wettbewerbs seien. All diese Themen sollten im Strukturplan geklärt werden. Mit der Bahn müsse ein möglichst straffer Zeitplan abgesprochen werden. Die Stadt sei in engem Austausch mit der Bahn, um konkret zu erfahren, wann sie welche Fläche erhalte. Der aktuelle Zeitplan erscheine der Stadt realistisch optimistisch. Er bestätigt den enormen Arbeitsumfang, weshalb man ja 2,5 Mio. € plus zusätzlicher Stellen im Haushalt beantragt habe. Allerdings hätten die für Personal und Finanzen zuständigen Bürgermeister dies in den Budgetgesprächen als nicht selbstverständlich angesehen.

Anhand des groben Zeitplans solle im weiteren Verfahren geklärt werden, wann man was mache. Aus diesem Grund werde die Vorlage zunächst nur eingebracht, um sie anschließend in den Bezirksbeiräten und im Ausschuss S 21 zu diskutieren. Dabei unterstreicht er insbesondere, wenn die Bahn das Planfeststellungsverfahren bezüglich des Rückbaus beantrage, enthalte dies Dinge, die umgesetzt würden. Sie sollten sich aber nicht gegenseitig aufheben bzw. mehr Arbeit verursachen. Er nennt ein Beispiel: Die Bahn trage zwei Meter ab und die Stadt trage dann drei oder vier Meter wieder auf. So etwas müsse vermieden werden, und deshalb habe man die Mittel für den Haushalt beantragt. Er halte diesen Beratungsablauf für sinnvoll. Wenn der Gemeinderat den Wettbewerb vorziehen wolle, müsse man schauen, welche Punkte man offenlasse. Er habe den Gemeinderat aber bisher so verstanden, dass er wichtige Dinge zuvor selbst entscheiden wolle. Seiner Ansicht nach müsse der Gemeinderat manche Dinge entscheiden, auf jeden Fall müsse es schneller gehen.

Diesen Beratungsverlauf versteht StR Kotz nicht. In seinen Augen werde in Unterausschüssen vorab inhaltlich gearbeitet. BM Pätzold setze den Unterausschuss dagegen kurz vor der Beschlussfassung im Gemeinderat noch als Sahnehäubchen ein. Dann könne an der Vorlage aber nichts mehr verändert werden. Seiner Meinung nach hätte man nun höchstens eine Einbringung vornehmen können, was jedoch auch im Unterausschuss möglich gewesen wäre. Dort hätte man diskutieren müssen, was vielleicht zu einer anderen Vorlage geführt hätte.

Mit Blick auf das Gebiet A 3 legt er dar, seine Fraktion habe zu den kulturellen Bausteinen relativ klare Vorgaben gemacht und habe auch nicht vor, von diesen abzuweichen. Hier erwarte seine Fraktion einen Input von der Verwaltung. Er schlägt vor, die Vorlage nun unverändert einzubringen. In der Sommerpause solle die Verwaltung eine Ergänzung der Vorlage erarbeiten, in der auf die gemeinsamen Anträge Nr. 68/2017 und Nr. 154/2017 eingegangen wird. Er wünsche in diesem internationalen Wettbewerb eine Offenheit bezüglich der Geländemodellierung. Hier hätten weder die Verwaltung noch der Gemeinderat die besten Ideen. Gleiches gelte für die Frage des Erhalts der historischen Gebäude. Der Zeitplan müsse dann nochmals überarbeitet werden. Die Ergänzung sollte dem UTA in der ersten, spätestens zweiten Sitzung nach der Sommerpause vorgelegt werden.

StRin Munk erkennt eine allgemeine, in ihren Augen völlig unangebrachte Nervosität. Sie plädiert dafür, die Punkte unabhängig vom Zeitplan in aller Ruhe und sorgfältig abzarbeiten, um gute Grundlagen für einen guten Wettbewerb zu haben.

Natürlich sei das Rosensteingelände ein Kernstück für Stuttgart und ein Teil des regionalen IBA-Projekts, doch habe die Stadt einen sehr großen Anteil daran. In diesem Zusammenhang müsse man schauen, wie es sich entwickle, und nicht im Schnellschuss einen Wettbewerb ausschreiben, dessen Themen dann bereits überholt seien. Sie hielt es für sinnvoll, auf der Zeitschiene auch das IBA-Projekt darzustellen. Es sei aber durchaus sinnvoll, nach der Sommerpause nochmals im UTA zu beraten und Antworten zu bekommen, bevor der Gemeinderat beschließe. Wichtig sei auch, dass die Mittel und das Personal im Haushalt vorgesehen würden.

StR Körner formuliert mit Blick auf den Haushalt die dringende Bitte, eine Entwicklungsgesellschaft außerhalb der Verwaltung zu gründen, die das Projekt vorantreibe und mit einem klaren politischen Auftrag ausgestattet sei. Sie sollte auch über die Grundstücke verfügen können.

BM Pätzold sagt zu, dies mitzunehmen und den Beratungsablauf nach den Sommerferien so abzuändern, dass im Ausschuss S 21 die Detailfragen beantwortet werden könnten. Die Frage einer Entwicklungsgesellschaft habe sich für die Verwaltung bislang nur im Hinblick auf die Planung und die Grundlagen zur Umsetzung gestellt. Nach der Sommerpause müsse ebenfalls nochmals diskutiert werden, wie die verschiedenen Organisationsformen in den verschiedenen Phasen aussehen müssten. Er sei bisher davon ausgegangen, dass der Gemeinderat vieles noch vor dem Wettbewerb geklärt haben wolle. Er nehme nun aber mit, dass an einigen Stellen Offenheit gewünscht werde. Was dies für Konsequenzen habe, müsse noch besprochen werden. Er sagt zu, nach der Sommerpause die Ergänzungen vorzulegen.

Auf Nachfrage von StR Dr. Schertlen führt BM Pätzold aus, der Städtebauausschuss werde nach der Sommerpause erst nach dem UTA damit befasst. Natürlich habe auch

dieser ein großes Interesse daran, das Thema weiterzuentwickeln, auch im Hinblick auf die IBA, die wiederum mit dem Thema Rosensteinquartier verknüpft werden sollte.

Er stellt abschließend fest:

Die GRDRs 617/2017 ist bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung eingebracht.

Zur Beurkundung

Sabbagh / fr

Verteiler:

- I. Referat StU
zur Weiterbehandlung
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (5)
weg. UTA, GR

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
 2. OB-PR
Rechnungsprüfungsamt
OB/82
 3. S/OB
Strategische Planung
S/OB-Mobil
 4. Referat AK
Haupt- und Personalamt
 5. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Amt für Liegenschaften und Wohnen (2)
SWSG
 7. Referat SOS
Amt für öffentliche Ordnung
 8. BVinnen Mitte, Nord
 9. L/OB-K
 10. Hauptaktei

- III.
 1. CDU-Fraktion
 2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 3. SPD-Fraktion
 4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
 5. Fraktion Freie Wähler
 6. AfD-Fraktion
 7. Gruppierung FDP
 8. Die STAdTISTEN